

## Energiewende ja, Umbau woanders

*Von Vera Dudik*

„Transparenz ist nicht das Allheilmittel“, so fasst ein Student seine Eindrücke am Ende der Tagung zusammen, „auch in einer Demokratie nicht“. Dass mehr Transparenz, gerade im Zusammenhang mit Großprojekten, nicht immer mehr Nüchternheit, Klarheit und vor allem Effizienz in den demokratischen Prozessen nach sich zieht, davon konnten sich am 25. und 26. Juni einige Politikstudierende der Universität Bonn überzeugen: Im Zuge einer Exkursion zum Thema „Energiewende vor Ort“ machten sich die Studierenden und Institutsmitarbeiter in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik (BAPP) Gedanken zur Legitimation und Umsetzung von Energiewende-Projekten, als anschauliches Beispiel diente das gescheiterte Pumpspeicherkraftwerk am Rursee in der Nordeifel.

Dort hatte Trianel, ein Stadtwerkeverbund mit über 30 Betrieben, das größte Pumpspeicherkraftwerk Nordrhein-Westfalens in Planung, dessen Leistung mit 640 Megawatt der eines kleinen Kernreaktorblocks gleich kommen sollte. Im am dichtesten besiedelten Bundesland galt das Kraftwerk, wie Professor Volker Kronenberg vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sagt, „nicht als irgendein beliebiges Großprojekt, sondern als essentieller Baustein der Energiewende“, hätte es doch die Speicherung regenerativer Energien ermöglicht. Bedarf nach Strom ist immer da, Wind und Sonne aber nicht. Bei einem Pumpspeicherkraftwerk kann das mithilfe grüner Energien in ein Oberbecken gepumpte Wasser in das Unterbecken abgelassen werden, wo es Turbinen antreibt und so Strom erzeugt.

Von diesem Beitrag zur Energiewende zog sich Trianel nun zurück, auch aufgrund „fehlenden politischen Rückhalts“. Davon wollte zumindest Bernd Goffart, der erste stellvertretende Bürgermeister der „Rursee-Gemeinde“ Simmerath nichts wissen; er, wie die ganze Gemeinde, hätten das Projekt von vorneherein als „einmalige Chance“ begriffen: „Der monetäre Nutzen wäre für Simmerath groß gewesen“, sagt der CDU-Politiker; die Gewerbesteuer-Einnahmen hätten sich in Millionenhöhe bewegt. Zudem bot sich ein besonderer geographischer Vorteil am See: Es hätte nur noch ein Oberbecken gebaut werden müssen, da die Rurtalsperre als Unterbecken fungiert hätte. Gleichwohl hat sich vor Ort zunehmend Widerstand von Bürgerseite gegen das Pumpspeicherkraftwerk formiert. Die Bürger in den anliegenden Kommunen fürchteten um den Tourismus in der Region, der mit der Bauphase ausbleiben könnte. Und das scheinbar nicht ganz zu Unrecht: Der Geschäftsführer des Vereins Rureifel-Tourismus, Gotthard Kirch, zeigte sich, was die Besucherzahlen am Rursee während der Bauzeit anbelangt, gleichermaßen skeptisch: „Wir hätten diese Jahre schlicht-

weg nie überlebt“. Der Aufschwung, der durch den Nationalpark Eifel in die Region gekommen sei, hätte so leicht wieder zu Nichte gemacht werden können.

Dass die gesamte Energiewende momentan ähnlich unwirtschaftlich angegangen wird, fand Markus Moraing, der Geschäftsführer der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU). Moraing sah einen Systemfehler im derzeitigen Energiemarkt: Wegen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird vorrangig Strom aus Erneuerbaren Energien ins Netz gespeist und subventioniert. „Konventioneller Strom“ zum Beispiel aus Kohlekraftwerken muss aber in Hinblick auf die Versorgungssicherheit gewissermaßen als Back-up trotzdem weiter erzeugt werden. So entstünde die unwirtschaftliche Situation, dass Deutschland Strom teilweise kostenpflichtig ans Ausland abgeben müsse. „Der VKU will deswegen, dass die Versorgungssicherheit mit einer Leistung versehen wird“, so Moraing. Zu dem von ihm vorgeschlagenen Energiemarktdesign gehört also ein Leistungsmarkt, über den diejenigen, die eine gesicherte Stromerzeugung anbieten können, sei es durch Kraftwerke oder Speicher, ein Entgelt für die Bereitstellung erhalten.

Aber nicht nur wirtschaftliche Bedenken standen dem Pumpspeicherkraftwerk am Rursee entgegen: Ein anderes Argument der Gegner des Pumpspeicherkraftwerkes, wonach die Gesundheit des Sees und der Natur selbst durch das Kraftwerk in Gefahr gebracht werden könnte, fand Kirch, studierter Biologe, zwar wenig überzeugend: „Der See selbst ist ja künstlich. Da zu sagen, die Natur müsse erhalten werden, ist schon komisch“. Hinzu kam eine gewisse Unklarheit über die Folgen des Kraftwerkbaus auf das Gleichgewicht des Rursees. „In der Bauphase hätte es natürlich sein können, dass der Wasserspiegel abgesenkt worden wäre. Was das für Sedimente aufwirbelt, ist nicht klar. Aber eine biologische Katastrophe wäre es sicher nicht gewesen“, so Kirch. Auch die Trinkwasserqualität des Sees wäre dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht tangiert worden – zumal eine Wasserentnahme im Betrieb des Kraftwerks nur aus dem Hauptsee, nicht aus dem eigentlichen Trinkwasserreservoir, dem Obersee, erfolgt wäre.

Eine Beobachtung, die bei vielen Projekten und ihren Skeptikern im Zusammenhang mit der Energiewende gemacht werden kann, seien es Castor-Transportgegner oder Baumbesetzer, konnte auch Kirch bestätigen: Die Debatte sei oft sehr emotional geführt worden. „Es gab eine lange Phase der Irrationalität um das Pumpspeicherkraftwerk“, sagte er. Verständlich mochte zwar die Angst der Hoteliers und Rursee-Schifffahrer um ihr Einkommen sein, auch wenn Trianel eine Kompensation der Verdienstauffälle zugesagt hatte. Viele Zahlen jedoch, ob der Schwankungsbereich des Seewasserspiegels oder die Anzahl der benötigten LKW-Ladungen an Aushub, seien stark übertrieben worden.

Das Paradoxe dabei war, dass im Falle des Pumpspeicherkraftwerks am Rursee von Anfang an großes Gewicht auf Bürgerbeteiligung und Transparenz gelegt worden war. So großes Gewicht gar, dass Günter Kaulen, der Abteilungsleiter der Wirtschaftsförderung der Gemeinde Simmerath, sich rückblickend fragte: „War es richtig, die Öffentlichkeit so früh einzubinden?“ Trianel sei einen Monat nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima mit dem Projektvorhaben an ihn herangetreten, schon im Juli 2011 fand die erste Bürgerveranstaltung statt, 2012 folgten weitere. „Zu denen kamen aber meistens nur die Projektgegner“, so Goffart. Diese, besonders die Initiative „Rettet den Rursee“, hätten vieles getan, um Feindbilder aufzubauen und das Image Trianels zu beschädigen. „Das ist ein Problem in der Demokratie: Die Leute haben Angst vor Veränderungen und wollen deshalb lieber gar keine. Aber was denken sie, wenn Atomkraftwerke abgeschaltet werden, fallen doch nicht einfach Pumpspeicherkraftwerke vom Himmel!“, sagte Goffart. Grundsätzlich wären auch die Gegner des Projektes, wie rund 80 Prozent der Deutschen, für die Energiewende – „aber eben bitte woanders“.

Trianel selbst hatte sich ebenfalls eine offene, völlig transparente Projektkommunikation zum Ziel gemacht. Und vielleicht gerade damit eben dieses verfehlt. Das gab zumindest Jan-Christoph Poßberg zu denken, der seine Bachelor-Arbeit zur Öffentlichkeitsarbeit Trianels im Falle des Rursee-Kraftwerks verfasst hatte. Dadurch, dass Trianel so gut wie alle Informationen zum Projekt online zur Verfügung gestellt hatte, wären die Bürger schlichtweg überfordert gewesen. So konnten die ökologischen wie ökonomischen Vorteile, wie zum Beispiel die zumindest kurzfristige Schaffung von Arbeitsplätzen während der Bauphase, nicht deutlich genug vermittelt werden.

Den Teilnehmern der Veranstaltung bot sich nach dieser konkreten Projektbetrachtung noch der Blick auf die Metaebene der Energiewende: Ulrike Platz von der Bundesnetzagentur versuchte den theoretischen Überblick zum Stand der Energiewende in Deutschland zu schaffen und betonte die zahlreichen Informations- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürger am Prozess des Netzausbaus. Gleichzeitig stellte auch Platz fest, dass diese Art von Transparenz nicht unbedingt zu mehr Klarheit führt: „Der unterschwellige Vorwurf, der uns gemacht wird, ist, dass die Behörde im Stillen vor sich hin arbeitet und keiner weiß, was sie tut. Aber das Problem ist eben auch, dass das Thema Netzausbau sehr komplex ist. Man braucht ein enormes Vorwissen, um sich überhaupt beteiligen zu können“.

Die Bundesnetzagentur müsse also, wie es auch Trianel und die Gemeinde Simmerath versuchten, immer im Spannungsverhältnis von dem Wunsch nach Information und der Gefahr einer Überforderung und Ermüdung der Bürger agieren – auch wenn dies eine Verlangsamung der Energiewende bedeutet.